

# Räte als revolutionäre Macht

Zum 60. Jahrestag der Novemberrevolution

**Prof. Dr. sc. KARL-HEINZ SCHÖNEBURG, stellv. Direktor  
des Instituts für Theorie des Staates und des Rechts der Akademie der Wissenschaften der DDR**

Als am 3. November 1918 Matrosen und Arbeiter in Kiel mit ihrem bewaffneten Aufstand die Novemberrevolution einleiteten, begann eine Massenaktion, die Millionen deutscher Arbeiter und Soldaten erfaßte. In diesem revolutionären Kampf erzwang die Arbeiterklasse die Beendigung des imperialistischen Krieges sowie wichtige politische und soziale Veränderungen. Die Herrschaft der Monopolkapitalisten, Junker und Militaristen wurde tief erschüttert, jedoch nicht beseitigt. Die opportunistische Politik und Ideologie rechter sozialdemokratischer Führer waren die hauptsächlichste Ursache dafür, daß die Novemberrevolution bürgerlich-demokratisch blieb, sich nicht zur revolutionär-demokratischen Umwälzung und schließlich zur sozialistischen Revolution fortentwickeln konnte.<sup>1</sup>

Aus dieser Niederlage hat die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung gelernt, nicht zuletzt die Staatsfrage betreffend. Es sei daran erinnert, was im Jahre 1948 Otto Grotewohl als Konsequenz der Novemberrevolution forderte: „Wenn wir nicht den alten Staat und seine Institutionen, das traditionelle Staatsbewußtsein überwältigen, wenn wir nicht die neue, sozialistische Organisationsform entwickeln, dann werden die alten Formen uns überwältigen, wir werden in den alten Staat hineinwachsen, statt daß wir einen neuen bauen. Es ist ein verhängnisvoller Trugschluß, zu glauben, unsere Einflußnahme auf den Staat sei damit sichergestellt, daß wir Kommandostellen im Staate in die Hand nehmen. Nun, so einfach ist die Sache nicht. Nur eine tiefgreifende Umgestaltung des traditionellen Staatswesens sichert uns unseren entscheidenden Einfluß auf den neuen Staat.“<sup>2</sup>

Und es sei ferner in die Erinnerung gerufen, daß Karl Polak die staatstheoretische und staatspraktische Alternative „Parlamentarismus oder Rätenschaft“ in das Zentrum revolutionstheoretischer Analyse rückte.<sup>3</sup>

Diese Erfahrungen der Novemberrevolution bleiben auch in der Gegenwart aktuell, nicht zuletzt in der internationalen Diskussion zwischen Kommunisten über Inhalt und Formen revolutionärer Macht der Arbeiterklasse.

## *Räte und revolutionäre Kampfpartei*

Das Schöpferturn der russischen Arbeiter und Bauern hatte in den Revolutionen von 1905 und 1917 die Sowjets als proletarische Klassenkampforganisationen hervorgebracht. Lenin hatte in ihnen mit genialem Weitblick die Organisationsformen der zukünftigen proletarischen Staatsmacht erkannt. In der Oktoberrevolution 1917 trat der Staat der Diktatur des Proletariats als Sowjetmacht ins Leben.

Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland wurde von Arbeiter- und Soldatenräten geprägt. Sie entstanden überall im Lande nach dem Vorbild der Sowjets. „Die Energien und revolutionären Bestrebungen der Arbeiterklasse fanden vor allem in der Rätebewegung ihren Ausdruck. Vielerorts übten Räte in den ersten Tagen der Revolution reale Macht aus.“<sup>4</sup> Unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg kämpfte der Spartakusbund als einzige konsequent-revolutionäre Kraft am Beginn der Revolution unter der zentralen Losung: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!“

Das Schicksal dieser Rätebewegung hing entscheidend davon ab, ob sich die Arbeiter- und Soldatenräte zu revolutionären Machtorganen und damit zu Organisationsfor-

men einer von der Arbeiterklasse geführten revolutionären Staatsmacht entwickeln konnten oder ob die opportunistische Politik rechter sozialdemokratischer Führer die Oberhand in den Räten erhielt.

Zu Beginn der Novemberrevolution verfügte die deutsche Arbeiterklasse über keine revolutionäre Kampfpartei. Als sich der Spartakusbund zur selbständigen Partei formierte und am 30. Dezember 1918 zur KPD konstituierte, war die Rätebewegung bereits im Niedergang und hatte unter rechtssozialdemokratischer Führung die Forderung nach einer Rätenschaft auf dem Ersten Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Mitte Dezember 1918 offiziell begraben und Wahlen zu einem bürgerlichen Parlament, zur Weimarer Nationalversammlung, beschlossen. Damit hatte die opportunistische Politik rechter sozialdemokratischer Führer, die bereits lange vor Ausbruch der Revolution in der Taktik der Ebert, Scheidemann und Braun sichtbar geworden war, in den Räten gesiegt.

In den Massenstreikämpfen vom Januar 1918 bildeten sich entsprechend den Losungen des Spartakusbundes Arbeiterräte, von den revolutionären Linken als Keimzellen einer zukünftigen proletarischen Macht betrachtet, als notwendige revolutionäre Organisationsformen, um die Entscheidung der Machtfrage zugunsten der Arbeiterklasse anzubahnen.<sup>5</sup> Bereits in diesen Räten zeigten sich charakteristische Schwächen, die für die Arbeiter- und Soldatenräte in der Novemberrevolution fortbestanden. Zum einen: Der Spartakusbund konnte das Fehlen einer revolutionären Kampfpartei nicht ausgleichen; er trat vor allem als Propagandaver einigung innerhalb der USPD auf und hatte es unterlassen, sich programmatisch und organisatorisch von dieser Partei zu trennen. Zum anderen: Die rechten SPD-Führer hatten einen verhängnisvollen Einfluß in den Arbeiterräten, beispielsweise in denen Berlins. Ebert erklärte dazu später unter Eid vor einem Gericht der Weimarer Republik: „Ich bin mit der bestimmten Absicht in die Streikleitung eingetreten, den Streik zum schnellen Abschluß zu bringen und eine Schädigung des Landes zu verhüten.“<sup>6</sup> Und Scheidemann ergänzte: „Wenn wir nicht in das Streikkomitee hineingegangen wären, dann würde wahrscheinlich das Gericht heute nicht tagen können und dann wäre der Krieg und alles andere meiner festen Überzeugung nach schon im Januar erledigt gewesen.“<sup>7</sup> Die rechten SPD-Führer nahmen an den Arbeiterräten teil, um auf diese Weise deren revolutionäre Kampfkraft abzubremsen, den Streik zu beenden und die Revolution hinauszuögern.

Diese Taktik der SPD hatte auch auf dem Ersten Reichsrätekongreß Mitte Dezember 1918 vollen Erfolg. Dieser Kongreß erwies sich in seiner Zusammensetzung außerstande, die revolutionären Aktivitäten der Massen in staatliche Macht umzusetzen. Der Spartakusbund war bei den Wahlen zum Reichsrätekongreß nicht als selbständige Partei aufgetreten, so daß nur 10 Anhänger dieser konsequent revolutionären Organisation in die 90 Mann starke Fraktion der USPD gelangen konnten. Demgegenüber verfügten die Mehrheitssozialdemokraten über 291 von den insgesamt 489 Sitzen. Da auch eine angeblich nicht parteigebundene Soldatenfraktion mit 25 Mitgliedern sowie die ebenso starke Fraktion der bürgerlichen Demokratischen Partei mit den Mehrheitssozialisten stimmten, waren alle Voraussetzungen für den Erfolg der opportunistischen Politik gegeben. Obwohl bei Beginn des Kongresses 250 000 Men-